



AS (16) DRS 3 G
Original: English

ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG

FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE FRAGEN

25 Jahre parlamentarische Zusammenarbeit: Vertrauensbildung durch Dialog

**Berichterstatterin
Fr. Gordana Comic
Serbien**

Tiflis, 1. – 5. Juli 2016

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE FRAGEN

Berichterstatterin: Fr. Gordana Comic (Serbien)

1. In der Erkenntnis, dass das Konzept der unteilbaren Sicherheit, welches politische, wirtschaftliche, ökologische, humanitäre und Menschenrechtsfragen verknüpft, wesentlich ist für den Erfolg und die Relevanz der OSZE,
2. unter Betonung, dass das Hintanstellen von demokratischen und Menschenrechten, wie die Geschichte regelmäßig zeigt, zu gewaltsamen Veränderungen und Konflikten führt, was die Bedeutung dieser Aspekte menschlicher Sicherheit für langfristige Stabilität nur noch betont,
3. unter Hinweis darauf, dass die Hohen Vertreter unserer Länder Weitsicht und Führungswillen bewiesen, als sie in der Schlussakte von Helsinki individuelle Menschenrechte in den Mittelpunkt der Sicherheitsagenda stellten, und in der Überzeugung, dass die OSZE immer noch eine besondere Rolle spielt, wenn es gilt, Menschenrechten in der Region Achtung zu verschaffen,
4. beunruhigt durch den seit einigen Jahren unter den OSZE-Teilnehmerstaaten herrschenden Dissens in Bezug auf nennenswerte Verpflichtungen in der menschlichen Dimension, und ferner beunruhigt, dass das seit Jahren zu beobachtende Unvermögen des OSZE-Ministerrats, einvernehmliche Beschlüsse zu diesem Thema zu fassen, auf einen Mangel an Ideen und Führungswillen aufseiten der Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten hinweist,
5. unter Betonung, dass dieser Mangel an Ideen und Führungswillen die Glaubwürdigkeit der OSZE und ihres einzigartigen Sicherheitskonzepts untergräbt,
6. in Würdigung der Arbeit und Erfolge des OSZE/BDIMR, des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und der OSZE-Feldmissionen bei der Förderung der Menschenrechte in der Region,
7. in Sorge, dass der Mangel an Führungsstärke im Bereich Menschenrechte genau dann ein kritisches Niveau erreicht, wenn Menschenrechtsprinzipien in Europa durch den beispiellosen Zustrom von Migranten und Flüchtlingen unter Druck stehen,
8. zutiefst besorgt darüber, dass die Antwort vieler Länder auf den jüngsten Zustrom von Migranten darin besteht, ihre Grenzen zu schließen, statt wirklich auf die humanitäre Krise zu reagieren, anscheinend in der Hoffnung, andere Länder würden das Problem lösen,
9. Kenntnis nehmend von den spezifischen Bedürfnissen und Risiken von Migrantinnen,
10. und unter Hinweis darauf, dass die OSZE-Verpflichtungen, den freien Personenverkehr und humanitäre Maßnahmen zu erleichtern, auf die mehr als vierzig Jahre alte

Schlussakte von Helsinki und weitere Verpflichtungen von 1992, 1994, 1996, 2004 und 2005 zurückgehen,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

11. ist der Auffassung, dass die Tendenz, sich auf wirtschaftliche und politische Maßnahmen zu konzentrieren, der menschlichen Dimension schadet und das mehrdimensionale Konzept für menschliche Sicherheit, das der OSZE zugrunde liegt, zu schwächen droht;
12. weist darauf hin, dass der Dissens der letzten Jahre in Bezug auf Beschlüsse der OSZE-Teilnehmerstaaten zur menschlichen Dimension auf eine zunehmende Führungskrise im OSZE-Raum hindeutet;
13. unterstreicht, dass dem OSZE-Raum in der menschlichen Dimension nicht nur Ideen fehlen, sondern auch die Kraft, Verpflichtungen in der menschlichen Dimension umzusetzen, weshalb regelmäßig Menschenrechtsverletzungen östlich und westlich von Wien zu beklagen sind;
14. ruft die Teilnehmerstaaten dazu auf, sich ehrlich und proaktiv für ihre aktuellen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension einzusetzen und einen offenen Dialog darüber zu führen, wie diese Verpflichtungen ausgeweitet werden können;
15. würdigt die wichtige Rolle der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bei der Förderung einer offenen Debatte auf allen Ebenen und Maßnahmen zur Lösung der drängendsten humanitären und Menschenrechtsprobleme der Menschen in den OSZE-Teilnehmerstaaten;
16. ruft die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transgender-Personen gemäß der Schlussakte von Helsinki und anderer, seit damals verfasster KSZE- und OSZE-Dokumente als natürliches Menschenrecht anzuerkennen;
17. ruft die OSZE-Teilnehmerstaaten auf zu bekräftigen, dass Grundfreiheiten absolut sind und nicht, sobald sie unbequem werden, eingeschränkt werden dürfen;
18. ruft die Teilnehmerstaaten auf, das OSZE-Instrumentarium für menschliche Sicherheitsfragen, vor allem im Bereich Migration, in vollem Umfang zu nutzen;
19. ruft die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, die Errichtung rechtlicher und physischer Barrieren für Menschen, die vor Gewalt fliehen, unverzüglich einzustellen und aktiv ein inklusives Konzept für den Umgang mit Migranten und Flüchtlingen zu erarbeiten;
20. betont die Bedeutung eines ausgewogenen Migrationskonzepts, das den Rechten derer, die vor Gewalt fliehen, Vorrang einräumt und nur minimale Barrieren errichtet, die die Sicherheit der Migranten und der Öffentlichkeit gewährleisten;
21. lenkt die Aufmerksamkeit auf die schrittweise „Sekurisierung“ der Flüchtlingskrise und der Risiken, die diese für eine angemessene Beachtung der Menschenrechte Betroffener darstellt;

22. lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit eines gendergerechten Konzepts für Fragen der menschlichen Sicherheit und fordert, dass die spezifischen Belange von Frauen in alle Maßnahmen, vor allem im Bereich Migration, integriert werden;
23. ruft die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu auf, die Einrichtung eines hochrangigen OSZE-Koordinierungsgremiums für Migration und einer thematischen Feldmission für Migration in Betracht zu ziehen, die gezieltere und stimmigere Antworten auf die aktuellen Herausforderungen in der Region geben können;
24. legt den Teilnehmerstaaten nahe, Flüchtlinge und Asylsuchende so früh wie möglich in die nationalen Arbeitsmärkte zu integrieren, indem zum Beispiel dafür gesorgt wird, dass Asylsuchende, deren Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist, bereits legalen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu beruflicher Bildung haben;
25. ruft die Teilnehmerstaaten auf, ihre Unterstützung und den Schutz von Flüchtlingen und Migranten auszuweiten, um die Lastenteilung und gegenseitige Solidarität zu verbessern.

**GENERAL COMMITTEE ON
DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS AND HUMANITARIAN QUESTIONS**

PROPOSED AMENDMENT to the DRAFT RESOLUTION

on

***25 Years of Parliamentary Co-operation:
Building Trust Through Dialogue***

[Set out text of Amendment here:]

Principal Sponsor:

Mr/Mrs	Family Name in Capital Letters	Country	Signature

Co-sponsored by:

Mr/Mrs	Family Name in Capital Letters	Country	Signature